

## **Haushaltsrede für 2023, Ratssitzung am 02. Dezember 2022; Jan Risting**

*- Es gilt das gesprochene Wort -*

Sehr geehrter Herr Ratsvorsitzender, sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

die Haushaltsberatungen für das kommende Jahr standen im Zeichen der Wirtschafts- und Energiekrise, die durch Putins völkerrechtswidrigen Angriffskrieg auf die Ukraine ausgelöst worden ist. Wir spüren das kommunal besonders an steigenden Energiekosten und einer deutlich höheren Zinsbelastung für die Schulden, die wir in den letzten Jahren angehäuft haben.

Um es klar zu sagen: Es war und ist richtig, in Zeiten niedriger Zinsen in die Infrastruktur unserer Gemeinde zu investieren, in Grundschulen, Kindergärten, Turnhallen oder unsere Freiwilligen Feuerwehren. Genauso richtig ist aber auch, dass wir auf steigende Zinsen mit einer konsequenten Aufgabenkritik reagieren müssen.

Und weil das politische Konzept der Schuldenbremse, die ja immerhin Verfassungsrang hat, an dieser Stelle schon verschiedentlich und vor allem kritisch angesprochen wurde, müssen wir eines feststellen:

Wer gegen die Schuldenbremse polemisiert, wer meint, Haushaltsdisziplin sei ein aus der Zeit gefallener Ansatz, der muss die Frage beantworten, an welcher Stelle er die über 500.000 Euro einsparen möchte, die wir allein im nächsten Jahr an Zinsen zahlen müssen. Der muss die Frage beantworten, ob diesen Zinsen, ob über einer halben Million Euro der Ausbau von Straßen, eine Grundschulsanierung oder die Anschaffung eines neuen Feuerwehrfahrzeuges zum Opfer fallen soll.

Wir investieren in Bovenden in den Neubau und die Sanierung von Kindergärten und Grundschulen, in unsere Sportanlagen und in die Digitalisierung unserer Schulen. Das ist gut so, und doch haben die heute endenden Haushaltsberatungen gezeigt, dass wir in Zukunft vorsichtiger und leider auch zurückhaltender mit Neuinvestitionen umgehen müssen. Beispielhaft sehen wir das in diesem Jahr bereits an der Verschiebung der Grundschulsanierung in Harste um ein Jahr.

Ich wiederhole, was ich bereits im Feuerwehrausschuss vor zwei Wochen gesagt habe: Bei allen berechtigten Ausgabewünschen dürfen wir nicht Gefahr laufen, in Zukunft ein Haushaltssicherungskonzept aufstellen zu müssen. Denn sollte es so weit kommen, erübrigen sich so manche wichtige Diskussion über Investitionsmaßnahmen und unser politischer Gestaltungsspielraum würde sich minimieren.

Vorsichtige Haushaltspolitik ist aber auch nicht nur bei den Investitionen geboten. Wir entnehmen dem Haushalt auch eine sechsstellige Steigerung der Personalaufwendungen. Der Bürgermeister hat bei der Einbringung des Haushalts zurecht darauf hingewiesen, dass wir in Bovenden auf eine gute Qualifikation der Beschäftigten setzen und dies natürlich auch mit einer entsprechenden Vergütung verbunden sein muss. Für die kommenden Jahre müssen wir den Bereich der Fachkräftegewinnung im Auge behalten, denn wir haben in diesem Jahr bei der Einstellung des Klimaschutzmanagers gesehen, wie schwer gutes Personal mittlerweile zu bekommen ist. Mit Blick auf den Haushalt folgt daraus, dass die Personalaufwendungen wahrscheinlich weiter deutlich steigen werden, allein um die Arbeit in der Verwaltung gegenüber der Privatwirtschaft attraktiv zu halten.

Welche politischen Schlussfolgerungen ergeben sich nun aus unserer Haushaltslage?

In erster Linie möchten wir als FDP-Fraktion alle Kolleginnen und Kollegen dazu aufrufen, auf teils exorbitante und vor allem kurzfristige Zusatzwünsche im Haushalt zu verzichten.

Es scheint sich in diesem Jahr in Bovenden die Unsitte verbreitet zu haben, im Finanzausschuss nonchalant zusätzliches Geld der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler zur Verhandlungsmasse eigener politischer Prestigeprojekte zu machen. Das haben wir bei der Beratung des Nachtragshaushaltes im Sommer erlebt, als von Seiten von SPD und CDU kurzfristig 20.000 Euro allein an Planungskosten für innerörtliche Radwege verplant wurden, und wir durften es letzte Woche im Finanzausschuss wieder bestaunen. Diesmal war es die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen, die mal eben eine halbe Million Euro für nicht näher definierte Klimaschutzmaßnahmen in den Finanzhaushalt einstellen wollte. Es ist gut, dass dieser wahrscheinlich rechtlich schon unzulässige Antrag

im Laufe der Beratungen noch zurückgezogen wurde. Aber trotzdem sollte uns auch dies eine Lehre sein, auf solche kurzfristigen Manöver in Zukunft zu verzichten, insbesondere auch aus Respekt gegenüber unserer Verwaltung und vor allem der Kämmerei, die den Haushalt über einen langen Zeitraum erarbeitet und sich dann kurz vor knapp noch mit solchen politischen Spielchen beschäftigen muss.

Im Vergleich zu diesen teils sehr teuren Luftschlössern haben sich die Haushaltswünsche unserer Fraktion in diesem Jahr in den angesichts unserer Haushaltslage angemessenen Grenzen gehalten. Gerade deshalb möchte ich auf diese Punkte hier aber noch einmal zu sprechen kommen.

Unsere erste Forderung ist die Sanierung der maroden Friedhofstreppe in Lenglern. Hier kann ich aus Effizienzgründen einfach meinen Beitrag aus der Haushaltsrede vom letzten Jahr wiederholen:

*„Als FDP-Fraktion haben wir uns in den Haushaltsberatungen zum Beispiel dafür eingesetzt, ausreichende Mittel für die Sanierung unserer Friedhofswege zur Verfügung zu stellen. Wir freuen uns, dass dies im Haushalt abgebildet wird.“*

Dieser Wortbeitrag hat leider nichts an Aktualität verloren, weil wir in Lenglern noch immer auf die Sanierung der Friedhofstreppe warten. Wir sind aber zuversichtlich, erwarten aber auch ein Stück weit, dass dies nun im kommenden Jahr prioritär angegangen wird.

Unser Parteifreund Prof. Dr. Hans-Jürgen Lang hat im Ortsrat Bovenden bereits im Sommer und auch jetzt erneut die Errichtung eines Sonnenschutzes auf dem Spielplatz Dannensee gefordert. Diese Idee ist von betroffenen Mitbürgerinnen und Mitbürgern an uns herangetragen worden und wir konnten uns vor Ort ein Bild machen. Aufgrund der Lage des Spielplatzes und der Tatsache, dass dort noch keine ausreichend hoch gewachsenen Bäume stehen, ist der Spielplatz im Hochsommer quasi nicht benutzbar. Wenn man zum Beispiel kein Sonnensegel, sondern einen kleinen Pavillon errichten

würde, könnte man sogar einen umfassenden Wetterschutz schaffen, der auch vor plötzlich eintretendem Regen schützen würde.

Wir nehmen zur Kenntnis, dass für die Maßnahme keine ausdrücklichen Haushaltsmittel eingestellt worden sind, werden an diesem Thema aber dranbleiben. Für unseren Haushalt wäre eine solche Investition kein großer Akt, aber für die Kinder und ihre Eltern wäre es ein wichtiger Beitrag, um den schönen Spielplatz im Dannensee noch attraktiver zu machen.

Es sind aber nicht nur konkrete Investitionsmaßnahmen, auf die wir unser Augenmerk legen. Unser Fraktionsmitglied Constanze Kohn hat im Jugend- und Sozialausschuss darauf hingewiesen, dass zum Beispiel die Kosten für Hygienemaßnahmen in den Kindertagesstätten stark angestiegen sind. Es ist unsere Aufgabe, die Kitas genauso wie die Grundschulen bei den steigenden Kosten für Dinge des täglichen Bedarfs zu unterstützen. Gerade die Kinder unserer Gemeinde haben in der Corona-Pandemie besonders gelitten und verdienen daher unsere volle Unterstützung.

Abschließend möchte ich im Namen unserer Fraktion der Verwaltung für die Erarbeitung des Haushaltes danken, vor allem da wir leider auch in diesem Jahr krankheitsbedingt wieder ohne Kämmerer auskommen mussten.

Und ich danke all denjenigen, die uns auch in dieser wirtschaftlich schwierigen Zeit unsere politischen Diskussionen über Ausgabenwünsche erst ermöglichen: Das sind unsere Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, die über Grund-, Einkommens- und Gewerbesteuer die Funktionsfähigkeit unserer Gemeinde erst ermöglichen.

Über die Grundsteuer haben wir ja bereits in der letzten Ratssitzung diskutiert. Ich habe dieser Tage einen bemerkenswerten Brief des Bundes der Steuerzahler Niedersachsen vom 14. November zugespielt bekommen. Da heißt es unter der Überschrift „Keine Steuererhöhungen durch die Hintertür“:

*„Mit der Reform der Grundsteuer [...] wurden die Städte und Gemeinden etwa im niedersächsischen Reformgesetz verpflichtet, ab 2025 jenen Hebesatz für die Grundsteuer zu bestimmen, der das gleiche Aufkommen ergibt wie nach alter*

*Rechtslage. Doch etliche Kommunen wollen im Vorfeld ihre Hebesätze erhöhen, um sich für Zeit ab 2025 eine höhere Ausgangsbasis zu verschaffen.“*

Wie gut dass es mindestens eine Fraktion in diesem Rat gibt, die auf die Höhe der Grundsteuer aufpasst.

Besonders bemerkenswert ist, dass die Gewerbesteuerereinnahmen im nächsten Jahr das Vor-Corona-Niveau bereits um knapp 50 % übersteigen werden.

Und da es ja hier in Bovenden guter Brauch ist oder zumindest eine Zeit lang mal war, die Haushaltsrede mit einem hochtrabenden Zitat zu beenden, will ich das gerne auch tun. Und mit wem ginge das besser als mit Winston Churchill:

*„Manche Leute halten den Unternehmer für einen räudigen Wolf, den man totschlagen müsse. Andere sehen in ihm eine Kuh, die man ununterbrochen melken könne. Nur wenige erkennen in ihm das Pferd, das den Karren zieht.“*

Die FDP-Fraktion stimmt dem Haushalt zu. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.